

Der Westen muss Ukrainepolitik korrigieren

Die westliche Ukrainepolitik bewegt sich in eine falsche Richtung. Sie ist gut gemeint, aber schlecht gemacht. Bemerkenswert ist auch, dass sich die öffentlichen Äußerungen von Entscheidungsträgern zunehmend von den Einschätzungen unterscheiden, die hinter den Kulissen zu hören sind. Dies belegen auch die jüngst durchgesickerten Pentagon-Dokumente, um die es erstaunlich schnell still geworden ist. Richtig ist: Die Ukraine sollte bei der Wahrung ihres unbestrittenen Existenzrechtes bestmöglich unterstützt werden. Verantwortliche Politik überlegt aber, zu welchem Preis, mit welchen Mitteln und mit welchen Nebenwirkungen das möglich ist.

Auch wenn derzeit nicht absehbar ist, wie sich die Lage auf dem Schlachtfeld nach den lange angekündigten Frühjahrs-offensiven beider Seiten entwickeln wird, sollten einige der gängigen Glaubenssätze und fehlgeleiteten Annahmen korrigiert werden. Dazu gehört, dass ein Waffenstillstand derzeit nicht sinnvoll sei und kein politisches Kapital dafür eingesetzt werden solle, die Ukraine diesen Krieg mit immer mehr westlicher militärischer Unterstützung gewinnen und nach diesem nationalen Selbstbehauptungskrieg möglichst rasch in die westlichen Sicher-

heitsstrukturen integriert werden könne – und solle.

Ein Sieg der Ukraine wäre selbst in seiner Minimalvariante – der Wiederherstellung des Status quo vor dem 24.2.2022 – nur bei einer russischen Niederlage denkbar. Aber ist es vorstellbar, dass eine Nuklearmacht einen Krieg, den sie aus ihrer (irrigen) Sicht für ihre vitalen Interessen führt und dafür Erhebliches investiert, am Ende verliert? Soll wirklich davon ausgegangen werden, dass China im Falle einer absehbaren russischen Niederlage von Russland abrückt und diese hinnimmt? Von der Antwort auf diese Fragen hängt die weitere westliche Strategie maßgeblich ab. Mit einem gesinnungsethischen Kompass ist eine vorbehaltlose Unterstützung der Ukraine mehr als berechtigt. Ob dies allerdings einer Verhandlungslösung dient, ist fraglich. So zu tun, als ob der westliche Weg bisher Erfolg hätte oder Erfolg haben könnte, ist angesichts der schweren Zerstörungen, der massiven Verluste und des weiter erheblichen Eskalationspotentials blauäugig.

Der Westen hatte im Vorfeld des Krieges die deutlich erklärten roten Linien Russlands überschritten und war nicht zu einem nüchternen Interessenausgleich bereit. Kern eines solchen Interessenausgleichs hätte der Verzicht

auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sein müssen, die trotz aller gegenteiligen westlichen Behauptungen von Russland als zunehmend wahrscheinlich wahrgenommen wurde. Russland ging und geht es vermutlich nicht um die Vernichtung der Existenz der Ukraine, sondern um die Zerstörung der Ukraine als von ihm so wahrgenommenen „antirussischen Projekts“. In dieser Unterscheidung liegt der Schlüssel für eine Befriedung. Dabei sollte die durchaus bittere Erkenntnis leitend sein, dass sich die Ukraine in einem gewissen Sinne tatsächlich im russischen Einflussgebiet befindet, solange der Westen nicht bereit ist, für sie einen Krieg gegen Russland zu führen. Genau dies ist auch das Problem mit der derzeit diskutierten Frage von Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Denn diese Garantien müssen zwar wirksam sein, wenn sie für die Ukraine akzeptabel sind, aber eben nicht als NATO-Beitritt durch die Hintertür interpretierbar sein, wenn sie für Russland akzeptabel sein sollen. Genauso verhält es sich mit einer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit des Westens mit der Ukraine nach dem Krieg, die sinnvoll und alternativlos ist, aber eben nicht zwingend in Form eines eher unrealistischen und womöglich schädlichen Beitritts in die EU gestaltet werden sollte.

Dieser Krieg wird nur durch eine diplomatische Lösung beendet werden. Dabei wird keine Seite Maximalforderungen durchsetzen können oder sich an der reinen Lehre orientieren können – auch wenn die Ukraine moralisch im Recht ist. Es wird vermutlich am Ende eine neutrale Ukraine geben, die sich nicht eindeutig im westlichen Lager befindet oder gar selbstverständlicher Teil des euroatlantischen Bündnisses ist. Entlang dieser Linie wird eine Verhandlungslösung gefunden werden müssen. Zudem sollte nicht der Anspruch auf dauerhafte Lösungen, sondern mit Bescheidenheit zunächst ein Einfrieren dieses Konflikts versucht werden. Anders formuliert: Bei einer politischen Lösung sollte nicht nur auf Gerechtigkeit geachtet werden, sondern auch auf Schadensbegrenzung, Stabilität und Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen und Ambitionen. Von allen vorstellbaren Varianten wären das Drängen auf einen schnellen Waffenstillstand und die Bereitschaft zu Verhandlungen im Sinne einer Stabilisierung durch einen Neutralitätsstatus sowie die Akzeptanz territorialer Veränderungen noch die beste, letztlich auch für die Ukraine.

Der Autor lehrt internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.